

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Eike Hallitzky

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Philipp Graf von und zu Lerchenfeld

Abg. Karsten Klein

Abg. Bernhard Pohl

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Markus Rinderspacher

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Steuerbetrug auch in Bayern bekämpfen ([Drs. 16/16526](#))

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar
Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)**

**Maßnahmenpaket gegen Steuerhinterziehung - Steuerhinterzieher nicht straffrei
davonkommen lassen ([Drs. 16/16531](#))**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion (CSU),
Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumpenberg und Fraktion (FDP)
Prüfungsdienste in der bayerischen Steuerverwaltung weiter stärken
([Drs. 16/16543](#))**

Vorweg weise ich darauf hin, dass sich die Redezeit auf 24 Minuten pro Fraktion verkürzt hat, da die beiden Dringlichkeitsanträge zum Thema Abgeordnetenrecht und der nachgezogene Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema bereits in den zuständigen Ausschuss überwiesen wurden.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat Herr Kollege Hallitzky das Wort.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ist es nicht armselig, zu versuchen, mit dem Fall Hoeneß Politik zu machen, wie

es eine mir nicht weiter bekannte CSU-Bundestagsabgeordnete namens Hasselfeldt gemeint hatte? Dazu zunächst einmal eine klare Ansage: Nein, denn der Fall Uli Hoeneß lenkt den Blick der Öffentlichkeit endlich auf das, was die GRÜNEN und unsere Oppositionskollegen von SPD und FREIE WÄHLER, was der Bayerische Oberste Rechnungshof und alle, denen an Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit gelegen ist, seit Jahren mit allem Nachdruck und völlig zu Recht heftigst kritisieren. Dieses Thema lautet: Die Bayerische Finanzpolitik schafft einen idealen Nährboden für Steuerbetrüger und für den allgemeinen Verfall der Steuermoral.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist es, worüber wir heute reden müssen. Das und nichts anderes ist der Grund für unseren heutigen Dringlichkeitsantrag. Wir wollen also nicht reden über den Fall eines überaus erfolgreichen Spielers, Managers und Präsidenten des FC Bayern und über seinen hohen moralischen Anspruch, mit dem seine eigene Wirklichkeit offensichtlich nicht mithalten kann. Ich werde jetzt auch nicht weiter nachbohren bei der Frage des Zusammenhangs einer zweistelligen Summe als Darlehen und Bürgschaft an die Privatperson Hoeneß durch den früheren Adidas-Chef und den Einstieg von Adidas beim FC Bayern.

Ich werde mich heute auch nicht weiter dazu äußern, dass einige Minister und der Ministerpräsident offensichtlich über vielfache Wege frühzeitig über den Fall von Uli Hoeneß informiert worden sind, obwohl es viele Fragen gäbe: Ist es eigentlich normal, dass drei Minister und der Ministerpräsident von einer steuerlichen Selbstanzeige informiert wurden? War das Kriterium für die Information die Schwere des im Raume stehenden Deliktes, die Prominenz der Person oder aber seine Nähe zur CSU und zu den handelnden Spitzen der Staatsregierung? Welchen Sinn kann diese Information eigentlich haben? Wem kann sie nutzen? Ich habe derzeit keine Indizien dafür, dass die Spitzen der Exekutive entgegen ihren leutseligen Beteuerungen zu diesem frühen Zeitpunkt direkten oder indirekten Einfluss auf das Verfahren genommen haben. Das

gilt auch in Bezug auf die Aussetzung des Haftbefehls nach Zahlung einer millionenschweren Kaution. Sie wussten vorher schon Bescheid.

Nein, über die Causa Hoeneß reden wir heute nicht, auch wenn der eine oder andere dies gern täte. Stattdessen reden wir über den finanzpolitischen Rahmen, den diese Staatsregierung und ihre Vorgängerregierungen gesetzt haben, einen Rahmen, der es Steuerbetrüger in Bayern besonders leicht macht. Es klingt vielleicht hart, aber es ist genauso gemeint: Die Staatsregierung macht sich politisch der Beihilfe zum Steuerbetrug schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Um es mit der Rhetorik des FDP-Kollegen Klein von heute Nachmittag zu formulieren: Stellen Sie sich ein Land vor, in dem Steuerbetrüger gerne leben. Sie brauchen es sich nicht vorzustellen, es gibt dieses Land schon: Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen sind bekannt. Bayern befindet sich bei praktisch allen Kennzahlen zur Personalausstattung der Finanzverwaltung auf dem letzten Platz in Deutschland. Fast bis zu 50 % der erforderlichen Stellen gegenüber der Personalbedarfsberechnung sind unbesetzt. Das gilt vor allem für Umsatzsteuer-sonderprüfer, Steuerfahnder und Betriebsprüfer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite, das sind keine Meinungsäußerungen dümmlicher Oppositionspolitiker, die den großen Finanzminister Söder nicht mögen. Das sind statistische Fakten, die der Bayerische Oberste Rechnungshof Jahr für Jahr bestätigt und in aller Schärfe kritisiert. Es geht um eine Milliardensumme mutwillig unentdeckter Steuervergehen in Bayern. Dass Sie vor diesem dramatischen Hintergrund nicht einmal bereit sind, die Wiederbesetzungssperre für Finanzbeamte abzuschaffen, zeigt, dass Sie es genauso wollen, so und nicht anders. Deswegen sage ich noch einmal: Wer sich so zum Säulenheiligen der Steuerbetrüger Deutschlands

macht und in deren Interesse auch Bayern zu einem Steuerparadies machen will, der macht sich zumindest politisch der Beihilfe zur Steuerhinterziehung schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Finanziell könnte dieses Buhlen um reiche Deutsche und potenzielle Steuerbetrüger mit dem laxem Steuervollzug in Bayern vielleicht sogar aufgehen. Für einige andere Steueroasen in dieser Welt geht es auch auf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass die Beggar-my-neighbour-policy innerhalb des Föderalstaats Deutschlands völlig verantwortungslos ist; denn die Nachbarn, auf deren Kosten Sie sich als innerdeutsche Steueroase Bayern bereichern, das sind wir letztlich alle hier in Deutschland. Herr Söder, bewerben Sie sich von mir aus als Finanzminister auf den Cayman Islands oder auf den Virgin Islands, aber verschonen Sie Bayern und Deutschland mit Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht sage ich an dieser Stelle noch zwei Sätze zu Ihrer sehr durchsichtigen Verteidigungsstrategie. Zum einen gefallen Sie sich darin, dass die Pro-Kopf-Ergebnisse der bayerischen Finanzverwaltung besser sind als in anderen Bundesländern. Das, meine Lieben, ist eine logische Folge der dramatischen Unterbesetzung. Das hängt mit dem abnehmenden Grenzertrag zusätzlicher Steuerbeamter zusammen. Das ist Mathematik Oberstufe. Vielleicht ist das nicht ganz Ihr Ding, Herr Söder. Zwar bedeuten mehr Steuerbeamte weniger Ertrag pro Kopf, aber sie bedeuten vor allem einen wesentlich höheren Gesamtertrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Zweiten versuchen Sie immer wieder, die Kritik an der bayerischen Finanzpolitik, also an Ihnen und an den Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament, auf die Beschäftigten der Finanzverwaltung abzuleiten und sich dann in perfekt inszenierter Scheinheiligkeit vor diese zu stellen. Deshalb nochmals in aller Klarheit: Die Kritik gilt

Ihrer Person, Ihrer Politik und nicht den fleißigen Finanzbeamtinnen und -beamten in Bayern, die angesichts eines dramatischen Personalmangels eine super Arbeit machen, die wir sehr hoch schätzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit Sie mir nicht nachsagen können, ich hätte mich nicht klar genug ausgedrückt: Der Fisch stinkt vom Kopf.

Kommen wir zum deutsch-schweizerischen Steuerabkommen, das der bayerische Finanzminister sozusagen als internationale Verlängerung seiner steuerbetrügerschonenden bayerischen Politik bis heute unbedingt haben will und auf das CSU-Kumpel Hoeneß auch so optimistisch gesetzt hatte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Steuerbetrug wirksam bekämpfen will, der muss sich für Transparenz einsetzen und gegen eine anonyme Abgeltungssteuer sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deshalb ist es gut, dass dank der Grünen und der Roten das Steuerabkommen mit der Schweiz in Deutschland gestoppt werden konnte. Jetzt ist der Weg frei für den automatischen Informationsaustausch und ein steueroasenfreies Europa.

Erinnern wir uns: Bei der Anhörung zum deutsch-schweizerischen Steuerabkommen im Finanzausschuss des Bundestages waren 23 Sachverständige anwesend. Genau vier von Ihnen befürworteten das Abkommen uneingeschränkt: der Staatssekretär des Schweizer Finanzministeriums, UBS, die Schweizerische Bankiervereinigung und ein deutscher Steuerberater. Alle anderen warnten vor der Ratifizierung. CSU, FDP und CDU hakten sich aber bei UBS und beim Schweizer Finanzminister unter. Liebe Freundinnen und Freunde, das ist die unerträgliche Realität, für die Sie sich eigentlich heute noch schämen müssten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Steuerabkommen mit der Schweiz war genau das Gegenteil einer guten Bekämpfung von Steuerhinterziehung – es war ein echter Sündenfall. Steuerhinterziehung wäre in der Dunkelheit der Anonymität geblieben. Der internationale Prozess des automatischen Informationsaustausches wäre direkt zum Erliegen gekommen. Davor hatten auch die USA gewarnt. Der Kampf gegen Geldwäsche wäre deutlich erschwert worden. Deshalb ist das, was der bayerische Finanzminister im Sinne der Schweizer Banken und der deutschen Betrüger wollte und bis heute will, absolut verantwortungslos.

Was haben wir denn mit unserer rot-grünen Mehrheit im Bundesrat erreicht, was Sie abgelehnt haben?

Erstens: Seit das Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat gescheitert ist, ist die Zahl der Selbstanzeigen dramatisch angestiegen. Auch die Schweizer Banken raten mittlerweile zur Selbstanzeige. Uli Hoeneß ist hier nur die Spitze des Eisbergs. Das Scheitern des Steuerabkommens ist ein Erfolg von Rot-Grün. Sie hielten es mehr mit den Steuerbetrügern und deren Interessen.

Zweitens. Richtig und wichtig für unsere großen Erfolge war und ist der Ankauf von Steuerbetrüger-CDs, den Sie bis heute ablehnen.

Drittens. Ganz entscheidend war das Scheitern des Schweizer Abkommens auch für die Strafverfolgung von Steuerbetrügern in Deutschland. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter sagte dazu, es wäre die größte Begnadigung deutscher Straftäter gewesen, die die Geschichte je gesehen habe. Da ein hoher Anteil der Vermögensmassen in der Schweiz aus kriminellen Aktivitäten stammen dürfte, würde nun eine der größten Geldwäschanlagen Europas legalisiert. In der Tat, das deutsch-schweizerische Steuerabkommen hätte so, wie es geplant war, unseren Steuerfahndern fast jedes Instrument aus der Hand geschlagen. Die Steuerfahnder können dank Rot-Grün aufatmen. Die Betrüger schlafen schlechter. Das ist gut, danke Rot-Grün!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Viertens. Nach dem Scheitern des Abgeltungssteuerabkommens mit der Schweiz hat der Finanzminister Luxemburgs Herr Frieden zugesagt, der EU-Zinsrichtlinie zuzustimmen und nicht länger die Ausweitung auf andere Einkommensarten zu blockieren. Auch die Schweiz und, wenn auch etwas zäh, Frau Fekter aus Österreich bewegen sich jetzt. Wir sehen einen Dammbbruch in Richtung eines automatischen Informationsaustausches, den wir wollen. Das alles war nur möglich, weil wir gegen Söder und Kollegen den Stöpsel gesteckt und das Steuerabkommen verhindert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hoeneß war nicht der einzige Vermögende, der offenbar berechnend darauf gebaut hat, unter die kuschelige Decke des Steuerabkommens schlüpfen zu können, das seine Anonymität gewahrt hätte. Söder hätte ihm gerne geholfen. Wir aber sagen: Zocken darf sich nicht lohnen! Deshalb brauchen wir in Bayern eine Politik, die Steuerbetrug auf allen Ebenen bekämpft, auch wenn die Menschen in Bayern vielleicht noch bis zur Landtagswahl darauf warten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Halbleib, bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Fall Hoeneß ist nur ein Fall, der aber aus aktuellem Anlass eine Auseinandersetzung mit der Bilanz von CSU und FDP erzwingt, der Bilanz über die Herstellung von Steuergerechtigkeit und Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Diese Bilanz von CSU und FDP kann man hier im Freistaat Bayern nicht anders als verheerend bezeichnen. Wer wirklich Steuergerechtigkeit und den Kampf gegen Steuerhinterziehung im Blick hat, der muss sagen, dass die Regierungsparteien in Bayern, insbesondere die CSU, nicht genügend tun, um klarzumachen, dass Steuerhinterziehung ein Raubbau an unserer Gesellschaft ist und deshalb mit allen legalen Mitteln bekämpft werden muss. Dazu sind Sie in diesem Freistaat leider nicht bereit.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf das an mehreren Beispielen deutlich machen. An erster Stelle darf ich das deutsch-schweizerische Steuerabkommen ansprechen. Uli Hoeneß bezieht sich darauf, dass er sich nach dem Scheitern des Steuerabkommens zur Selbstanzeige entschlossen hat. Was hat das deutsch-schweizerische Steuerabkommen bedeutet? Sie von Schwarz-Gelb hätten sich von der Schweiz die Steuergerechtigkeit abkaufen lassen. Das hätte stattgefunden. Dadurch wäre nicht nur der Kampf gegen Steuerhinterziehung deutlich erschwert worden, sondern noch schlimmer, der Kampf gegen Schwarzgeldbarone, die völlig un versteuertes Geld in der Schweiz anlegen, und der Kampf gegen Geldwäsche – Geld aus allen kriminellen Aktivitäten und von wohlhabenden Steuerhinterziehern – wäre gescheitert. Die Schwarzgeldbarone und die Geldwäscher hätten Sie, die hier im Freistaat für Law and Order eintreten, mit Ihrem Steuerabkommen mit der Schweiz geschützt. Das ist die Wahrheit, dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Das Steuerabkommen mit der Schweiz hätte im Ergebnis deutsche Steuerhinterzieher, deutsche Schwarzgeldbarone und deutsche Geldwäscher aus allen Kriminalitätsbereichen vor dem legitimen Informationsanspruch der deutschen Steuerverwaltung geschützt. Das war der Inhalt des Schweizer Abkommens. Wer sich die Details dieses Steuerabkommens anschaut, kann darüber nur den Kopf schütteln. Schwarz-Gelb hat unter ganz maßgeblicher Bestimmung aus Bayern dafür gesorgt, dass die Auskunftsersuchen der deutschen Steuerverwaltung an die Behörden in der Schweiz auf eine absurd niedrige Zahl begrenzt werden. Nicht der Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden stand im Mittelpunkt, sondern das Gegenteil davon.

Der zentrale Fehler, den wir, aber nicht nur wir – die Anhörung im Bundesrat hat es gezeigt – Ihnen vorwerfen, lautet, dass Schwarz-Gelb auf den automatischen Informationsaustausch zwischen der Schweiz und Deutschland verzichtet hat. Das war der

gravierendste Fehler. Das zeigen auch die aktuelle Diskussion über Offshore-Leaks und die klaren Forderungen der EU zum Informationsaustausch seit dem Scheitern dieses Steuerabkommens. Diese Forderungen haben neue Brisanz gewonnen. Die EU-Kommission wird mit Luxemburg, Österreich und der Schweiz über den automatischen Informationsaustausch von Steuerdaten verhandeln. Der bayerische CSU-Bundstagsabgeordnete Hans Michelbach lässt heute, wie dpa sagt, verlautbaren: Wir werden die Schweiz zwingen, am automatischen Informationsaustausch der EU-Länder teilzunehmen.

Die Politik von Schwarz-Gelb hat aber genau anders ausgesehen. Sie wollte die Schweiz vor diesem Informationsaustausch und damit auch die Steuerhinterzieher, die Schwarzgeldbarone und diejenigen, die mit illegalem Geld unterwegs sind, schützen. Mittlerweile signalisieren selbst maßgebliche Schweizer Politiker die Bereitschaft zum automatischen Datenaustausch. Das beweist, dass Sie dieses Steuerabkommen zulasten des Fiskus und zum Schutz von Steuerhinterziehern ausgehandelt haben und dass es erst jetzt aufgrund des Widerstands von Rot-Grün eine Chance gibt, endlich ein vernünftiges Steuerabkommen mit der Schweiz zustande zu bringen. Man fragt sich schon, warum gerade die CSU und Seehofer und Söder am vehementesten und verbittertsten zulasten der Steuergerechtigkeit für dieses Abkommen gekämpft haben. Herr Staatsminister Söder hat dieses Abkommen noch vor zwei Wochen vehement im Landtag verteidigt, obwohl neue Sachverhalte bekannt waren. Bei dieser vehementen Verteidigung des Abkommens muss man vermuten, dass sich CSU und FDP speziell in Bayern den Interessen prominenter und weniger prominenter wohlhabender und reicher Bayern besonders verpflichtet fühlen. Eine andere Erklärung habe ich eigentlich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Dafür spricht auch die Nähe und manchmal die Verquickung von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Das zeigt auch der Fall Hoeneß. Hoeneß hat darauf vertraut, dass CDU, CSU und FDP das mit dem Schwarzgeld und der Anonymität schon richten

werden. Genau mit dieser Begründung hat er seine Selbstanzeige verfasst, nämlich mit dem Scheitern des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens.

Wir haben schon Fragen zum Einzelfall, die wir noch geklärt haben wollen. Welche Gespräche wurden vor und nach dem Scheitern des Abkommens mit Mitgliedern der Staatsregierung bzw. Bundestagsabgeordneten von CSU und FDP über das Inkrafttreten des Abkommens geführt? Auch zum Fall Hoeneß haben wir vor dem Hintergrund des Steuergeheimnisses die Frage: Wer wurde wann, wie, weshalb und in welcher Form über den Steuerfall informiert, und wer ist für Indiskretionen verantwortlich? Wir wollen, dass reiner Tisch gemacht und die Wahrheit zu den Kontakten der Staatsregierung sowie der CSU und der FDP im Fall Hoeneß gesagt wird.

Sie verteidigen nach wie vor Ihre Haltung, Steuerdaten nicht anzukaufen. Ich frage Sie: Sie treten für Recht und Ordnung, für Law and Order und für konsequentes Vorgehen ein. Bei der Steuergerechtigkeit wollen Sie davon nichts wissen. Konsequentes Vorgehen: Fehlanzeige! Recht und Ordnung: Fehlanzeige! Law and Order: auch Fehlanzeige!

(Beifall bei der SPD)

Das ist Ihre Haltung dazu. Sie ist widersprüchlich. Selbstanzeigen sind ein äußerst wirksames Instrument, insbesondere, wenn man die mittelbare Wirkung einbezieht. 630 Millionen Euro an hinterzogenen Steuern wurden seit Beginn des Ankaufs von Steuerdaten 2010 allein in Bayern eingenommen. Es handelt sich um eine ziemlich scheinheilige Argumentation, wenn CSU und FDP den Datenankauf zwar geißeln, aber die sich daraus ergebenden Einnahmen ohne mit der Wimper zu zucken einstecken, und wenn der Finanzminister Dr. Söder Journalisten auffordert, die Daten aus Offshore-Leaks herauszugeben, sich aber dem Ankauf von Steuerdaten verweigert. Als besonderes Argument wird vorgebracht, der Ankauf von Steuerdaten erfolge nach dem Zufallsprinzip und müsse deshalb abgelehnt werden. Wenn es danach geht, brauchen wir uns über die Bekämpfung der Steuerhinterziehung überhaupt keine Ge-

danken mehr zu machen, weil vieles, was die Steuerfahndung aufgreift, natürlich auf dem Zufallsprinzip beruht. Wenn diese Haltung dahintersteht, ist klar: Sie wollen tatsächlich die Steuerhinterzieher mit Ihrer Politik schützen. Es tut mir leid, eine andere Erklärung kann man bei so einem Verhalten nicht mehr haben.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend komme ich zur Steuerverwaltung. Dazu muss man wirklich nichts mehr sagen. Die Berichte des Rechnungshofes der letzten Jahre sprechen bis zum letzten Bericht für sich. Sie offenbaren einen Abgrund von Staatsversagen und eine systematische Zerstörung der Steuergerechtigkeit durch höchstes Regierungshandeln und systematische CSU-Politik über lange Jahre. Ich muss Ihnen sagen, Herr Finanzminister: Wenn Sie so dreist sind, die Kritik des Rechnungshofes als Kritik an den Steuerbeamten zu denunzieren, dann nehmen wir hier in diesem Landtag den Rechnungshof und die Beschäftigten der Steuerverwaltung gegen Ihre Frechheiten in Schutz. So geht es nicht!

(Beifall bei der SPD)

Die Arbeit der bayerischen Steuerverwaltung ist gut, die Mitarbeiter sind gut und fleißig, aber die Steuerverwaltung arbeitet seit Jahrzehnten bis zum Anschlag und verfügt durch Ihr Versagen, das Versagen der CSU, über zu wenig personelle Ressourcen. Deshalb sage ich als Ergebnis – das ist heute schon einmal deutlich geworden -: Seit der Strauß'schen Spezlwirtschaft und dem schwarzen Amigofilz, mit dem die CSU Bayern in den Griff genommen hatte, hat sich beim Steuervollzug einiges geändert. Im Ergebnis aber feiert die alte CSU gerade bei der fehlenden Bekämpfung - -

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, einen Augenblick bitte. Ich habe heute schon im Ältestenrat gesagt, dass ich hier im Plenum das Wort "Amigo" nicht mehr hören möchte. Sie können weiterreden.

Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Ihre Meinungsäußerung. "Amigo" ist die Übersetzung von "Freund".

(Zuruf von der SPD)

Im Ergebnis feiert die alte CSU gerade bei der fehlenden Bekämpfung von Steuerhinterziehung und bei der fehlenden Steuergerechtigkeit - -

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, er kann nicht sagen, was er will. Ich lege großen Wert darauf, dass wir uns in der Sprache parlamentarisch verhalten. Wenn Sie Kritik an mir üben wollen, tun Sie das bitte im Ältestenrat. - Bitte schön, Herr Kollege, reden Sie weiter.

Volkmar Halbleib (SPD): Danke schön. Ich wiederhole: Im Ergebnis feiert die alte CSU gerade bei der fehlenden Bekämpfung von Steuerhinterziehung und bei der fehlenden Steuergerechtigkeit leider fröhliche Urständ. Leider muss man sagen: Der ehrliche Steuerzahler ist der Dumme. Die CSU ist leider nicht fähig oder nicht willens, Steuergerechtigkeit herzustellen. Deswegen wollen wir mit unserem Dringlichkeitsantrag auf diese Lücke hinweisen. Wir hoffen, dass sie sich noch schließen lässt, vielleicht auch durch ein Zugeständnis der CSU und eine ehrliche Kehrtwende. Ich habe in dieser Hinsicht wenig Hoffnung. Ich glaube, wir müssen auf andere Wahlergebnisse im September hoffen, damit im Freistaat Bayern Steuergerechtigkeit einkehrt.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Graf von und zu Lerchenfeld. – Die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion haben für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt. – Herr Kollege, bitte, Sie haben das Wort.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen des Hohen Hauses! Herr Kollege Hallitzky, Sie sollten sich wirklich schämen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie beleidigen die bayerischen Finanzbehörden in einer Art und Weise, die unverschämt ist.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben über die Finanzbehörden gesagt, dass der Fisch vom Kopf her stinkt. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Finanzbehörden Bayerns arbeiten bis hinauf in die Spitzen des Ministeriums hervorragend, dort stinkt es nicht, dort wird mit hohem Sachverstand, mit großem Engagement und mit einem enormen Erfolg gearbeitet, wie unsere Steuereinnahmen deutlich beweisen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so geht es nicht. Den Fall Hoeneß, der sicher sehr facettenreich ist, populistisch auszunutzen, um die Bayerische Staatsregierung als Helfershelfer der Steuerbetrüger darzustellen, ist eine bodenlose Unverschämtheit.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin jemand, der normalerweise ruhig ist. Ich bin jemand, der normalerweise in der Debatte nicht laut wird. Aber in diesem Fall kann ich nicht anders. Ich stelle unmissverständlich fest und glaube, ich kann das für uns alle in diesem Hohen Haus feststellen: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Steuerhinterziehung muss bestraft werden, soweit es dabei um Handlungen geht, die strafbewehrt sind. Ich frage Sie: Wer hat denn die Regelungen über die Selbstanzeige in der vergangenen Legislaturperiode des Bundestages geändert? Wer hat sie geändert? Die Union zusammen mit der SPD in der Großen Koalition. Die Vorschriften über die Selbstanzeige sind deutlich verschärft worden. Eine Strafbefreiung ist nur noch möglich, wenn die Behörden nicht schon Vorkenntnisse hatten und die Angaben in der Anzeige umfassend sind.

Beim Fall Hoeneß verwundert mich, dass hier wohl auch eine massive Verletzung des Steuergeheimnisses vorliegt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ach ja!)

- Auch das ist eine Straftat, Frau Kollegin Scharfenberg. Sie sollten auch da nicht nur "ach ja" sagen. Solche Straftaten müssen genauso verhindert werden wie alle anderen Straftaten in diesem Staat. Ich bin sicher, dass hier Ermittlungen geführt werden, und ich hoffe, dass es zur Aufdeckung kommt und die, die Gesetze gebrochen haben, bestraft werden.

Da gibt es noch eine andere Facette in diesem Fall eines Mannes, der sehr stark in der Öffentlichkeit steht, eines Mannes, dem man gerne begegnet ist. Ich gebe zu, dass er bei uns durchaus auf den Parteitagen aufgetreten ist. Er war aber auch Berater des ehemaligen Finanzministers Steinbrück. Meine lieben Freunde, es ist manchmal etwas schwierig, wenn man von Freunderln und Freunderlwirtschaft spricht. Lieber Kollege Halbleib, Sie sollten sich an Ihren eigenen Leuten messen und nicht mit dem Finger auf andere Leute zeigen.

(Beifall bei der CSU)

Da gibt es einen tiefen Fall des allgemein anerkannten Präsidenten des besten deutschen Fußballclubs, wenn auch im Moment Dortmund mit 4 : 1 führt, der mit großem sozialen Engagement für viele Leute wirklich etwas Gutes getan hat. Die Steuerstraftaten, über die mir nichts bekannt ist außer dem, was in der Zeitung steht, rechtfertigen es meiner Ansicht nach jedoch nicht, mit großer Häme über Herrn Hoeneß herzufallen. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, nutzen nun die mediale Aufmerksamkeit dieses zugegebenermaßen durchaus spektakulären Falles dazu, Dringlichkeitsanträge zu stellen, die sich mit der Personalsituation in der bayerischen Finanzverwaltung beschäftigen. Ich möchte zunächst einmal feststellen, dass es immer wieder zu kriminellen Handlungen kommen wird und diese kriminellen Handlungen

gen nicht immer aufgedeckt werden. Das hängt nicht nur mit der Personalsituation zusammen. Dafür gibt es auch andere Gründe.

Die im Antrag der GRÜNEN erhobenen Vorwürfe sind, hier wiederhole ich mich, eine bodenlose Unverschämtheit. Sie stellen die Staatsregierung als Helfershelfer von Steuerbetrügern dar. Sie missachten, dass fleißige, gut ausgebildete Finanzbeamte mit einer hervorragenden Ausstattung sicherstellen, dass die Steuereinnahmen des Freistaates seit Jahren immer stärker sprudeln. Sie verkennen, dass die Staatsregierung große Anstrengungen unternimmt, um die Personalsituation insbesondere im Bereich der Steuerfahndung zu verbessern. Ich nenne nur die "Sonderkommission Schwerer Steuerbetrug" in München und Nürnberg, die personell massiv verstärkt werden. Sie sind mit modernster EDV ausgestattet, um die sie sehr viele Kollegen in anderen Ländern sicherlich beneiden.

In der Begründung des SPD-Antrages werden wieder einmal die Unkenntnis und die Ahnungslosigkeit der SPD bei Steuergesetzen deutlich.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben festgestellt, dass Großbetriebe nur alle fünf Jahre geprüft werden. Der Begriff Anschlussprüfung scheint Ihnen nicht klar zu sein. Durchgehend wird alle fünf Jahre geprüft. Außerdem prüfen wir mit ähnlichen Instrumenten massiv auch in der betriebsnahen Veranlagung.

In den bayerischen Finanzämtern waren zu Anfang dieses Jahres fast 3.200 Vollzeitkräfte im Prüfungsdienst beschäftigt. Es wird darauf hingewiesen, dass Bayern bei der Effizienz und bei den Prüfungsergebnissen überall Spitzenergebnisse im Ländervergleich belegt: 1,5 Millionen Euro Mehrergebnis je Betriebsprüfer bei 1,2 Millionen Euro im Bundesdurchschnitt; 2,2 Millionen Euro Mehrergebnis je Steuersonderprüfer bei 1,3 Millionen Euro im Bundesdurchschnitt;

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

1,2 Millionen Euro Mehrergebnis je Steuerfahnder bei 940.000 Euro im Bundesdurchschnitt. Es ist wirklich unglaublich, dass in Deutschland Kollegen von Ihnen davon sprechen und dass sogar hier, lieber Herr Kollege Hallitzky, in diesem Hohen Hause davon gesprochen wird, dass Bayern eine Steueroase wird und dass Bayern auf eine Ebene mit exotischen Ländern in der Karibik oder in anderen Erdteilen gestellt wird. Sie sprechen vom Modell Bayern. Ich fordere Sie auf, sich von diesen unverschämten Äußerungen Ihrer Parteikollegen zu distanzieren.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei den GRÜNEN)

Sie verunglimpfen damit die bayerischen Finanzbeamten. Sie beleidigen damit ganz Bayern und alle Steuerpflichtigen, die in unserem Lande wohnen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man vom Modell Bayern spricht, sollte man mit Hochachtung von unseren bayerischen Finanzbeamten sprechen, dann sollte man mit Hochachtung von Millionen ehrlicher Steuerzahler sprechen, die mit ihren bezahlten Steuern nicht nur für sprudelnde Steuerquellen bei uns sorgen, sondern darüber hinaus auch über den Länderfinanzausgleich manche der von Ihren Kollegen abgewirtschafteten Länder mitfinanzieren müssen.

(Beifall bei der CSU - Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist ja lächerlich!)

Zum Abkommen mit der Schweiz kann ich nur kurz sagen, dass es durchaus vernünftig ist, dass damit dem deutschen Fiskus erhebliche Mittel zugeflossen wären und dass sich die Erfassung von Steuerhinterziehung nicht auf durch den Zufall begründete Selbstanzeigen oder auf den mehr oder minder seriösen Ankauf von Steuer-CDs beschränken sollte. Eine systematische und gerechte Erfassung der Steuerpflichtigen sieht anders aus, lieber Herr Kollege Halbleib. Abkommen mit anderen Ländern, möglichst auf internationaler Basis, sind die richtige und gerechte Basis, um umfassend alle Steuerpflichtigen mit ihrem Auslandsvermögen zu erfassen.

(Zurufe von der SPD)

Sie verhindern dieses Abkommen aus ideologischen Gründen, weil es Ihnen nicht um die Sache geht, sondern nur darum, Ihre Macht im Bundesrat zum Nachteil Deutschlands zu demonstrieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir lehnen Ihre Anträge ab, weil sie an der Wirklichkeit vorbeigehen und weil Sie nur die derzeitige mediale Aufmerksamkeit zum ideologischen Geplänkel nutzen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Klein. Bitte schön, Herr Kollege.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war durchaus sehr beeindruckend, Herr Kollege Hallitzky, wie lange man über ein Thema sprechen kann, das man eigentlich gar nicht ansprechen will. Ich finde es auch mehr als erstaunlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie man hier den Fall Hoeneß, der sicher seine juristische Beurteilung erfahren muss, mit der Steuerverwaltung in Bayern in Verbindung bringen kann; denn alles, was Sie fordern, hat mit dem Fall Hoeneß überhaupt nichts zu tun. Der Fall Hoeneß hat im Übrigen auch deshalb überhaupt nichts mit der Steuerverwaltung in Bayern zu tun,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

weil Sie, Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat, das Abkommen mit der Schweiz blockiert haben.

Sie fordern uns im Bereich der Steuerverwaltung zu etwas auf, was wir eigentlich schon längst auf den Weg gebracht haben. Ich kann dies nur begrüßen; denn in unserer Koalition aus CSU und FDP ist doch die Botschaft längst angekommen und in politisches Handeln umgesetzt worden: dass wir eine Verstärkung beim Steuervollzug

und bei den Steuerprüfern brauchen. Deshalb haben wir in den letzten Jahren die Zahl der Anwärterstellen erhöht; deshalb haben wir mit über 188 Millionen Euro massiv in die EDV investiert.

Die Behauptungen von Rot-Grün im Bayerischen Landtag sind einfach falsch. Wir haben eine lückenlose Prüfung aller großen Unternehmen; Herr von und zu Lerchenfeld hat es eben erwähnt. 80 % der Unternehmen werden hinsichtlich der Mehrwertsteuer geprüft. Die bayerischen Prüfer liegen bei Betriebsprüfungen und bei Umsatzsteuerprüfungen hinsichtlich der Effizienz weit über dem Bundesdurchschnitt. Erzählen Sie den Bürgerinnen und Bürgern doch nicht, dass wir hier in einer Bananenrepublik oder in einer Steueroase sind. Das ist verantwortungslose Politik, die Sie jeden Tag von diesem Podium aus praktizieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf von der SPD: Das ist die Wahrheit!)

Das Thema Steuer hat auch noch eine andere Seite, nämlich die Seite des Umgangs mit den Steuereinnahmen, der Effizienz, des Umgangs mit dem, was die Bürgerinnen und Bürger beitragen müssen. Wenn Sie hier so pharisäerische Reden halten, kann ich Ihnen nur eines sagen: Niemand in Deutschland geht mit den Steuereinnahmen so effizient um wie dieser Freistaat Bayern, nämlich im Sinne der jetzigen Generation und der zukünftigen Generation; denn wir haben nicht nur eine solide Haushaltspolitik,

(Zahlreiche Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe – Glocke der Präsidentin)

wir haben nicht nur keine neuen Schulden gemacht, sondern wir tilgen auch die Schulden der Vorgängerregierungen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann ja verstehen, dass nach der Rede, die Sie eben gehalten haben, nun einiges schmerzen muss. Das müssen Sie aber schon aushalten können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Bereich Steuern gibt es natürlich noch einen dritten Baustein, nämlich die Vorstellung, wie viel der gesamten Wirtschaftskraft der Staat denn für sich vereinnahmen soll.

Auch das gehört zur Steuerthematik. Das liegt übrigens viel näher an der Thematik als die Causa Hoeneß. Deshalb darf ich an dieser Stelle schon darauf hinweisen, dass zumindest wir uns fundamental von Ihnen unterscheiden. Im Gegensatz zu Ihrer Abkassierungsmentalität, die Sie auf Ihren Parteitage beschlossen haben, haben wir ein vernünftiges Verhältnis zwischen Staat und Bürger in unserer Programmatik.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das glaube ich nicht!)

Sie wollen jegliche Steuerarten erhöhen. Das bedeutet 37 Milliarden Euro Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger beim Konzept der GRÜNEN

(Beifall bei der FDP)

und 32 Milliarden Euro Mehrbelastung durch das Programm der SPD. Das droht den Bürgerinnen und Bürgern, wenn Sie im September an die Macht kommen sollten, was nicht passieren wird.

(Zahlreiche Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann natürlich verstehen, dass dies schmerzt. Ich werde aber immer wieder von diesem Podium aus und auch im Wahlkampf sagen: 32 Milliarden Euro Belastung bei der SPD, 37 Milliarden Euro bei den GRÜNEN.

Besonders pharisäerisch wird es, wenn es um das Abkommen mit der Schweiz geht. Zunächst werden die Tatsachen vertauscht. Fakt ist doch, dass die Blockade des geplanten Steuerabkommens mit der Schweiz durch Sie Steuerausfälle für die Bundesrepublik Deutschland von insgesamt 10 Milliarden Euro bedeutet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das stimmt ja gar nicht!)

10 Milliarden Euro fehlen dem Bund, den Ländern und den Kommunen. 200 Millionen Euro fehlen dem Freistaat Bayern. 30 Millionen Euro fehlen den bayerischen Kommunen. Das verantworten Ihre Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün im Deutschen Bundesrat.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zur Ausgestaltung des Abkommens mit der Schweiz: Auch hierzu werden Fakten vertauscht. Natürlich ging es darum, Anonymität und Pauschalbeträge für die Vergangenheit zu gewährleisten; das ist richtig. Sie verschweigen aber immer, dass in der Zukunft keine Anonymität geherrscht hätte.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Ich kann Ihre Aufgeregtheit, Herr Kollege Halbleib, völlig verstehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie schützen die Schwarzgeldbarone!)

Erklären Sie den Bürgerinnen und Bürgern, dass Sie die kalte Progression nicht bekämpfen, dass Sie nicht bereit sind, etwas dagegen zu tun. Sie blockieren aber das Abkommen mit der Schweiz und haben deshalb Einnahmeausfälle zu verantworten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was Sie heute zu dieser Thematik aufgeführt haben, wird der Problematik nicht gerecht und ist übler Wahlkampf-Populismus. Von diesem distanzieren wir uns. Wir als Freie Demokraten machen Sachpolitik und bieten Sachlösungen an.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben mit der CSU diesen Freistaat in den letzten viereinhalb Jahren vorangebracht, so weit vorangebracht, dass Sie davon nur träumen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Es wäre schön, wenn Zwischenrufe, wenn sie stattfinden, auch etwas wohltuend in den Ohren wären. Bitte schön, Herr Kollege Pohl, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bewusst, anders als alle anderen Fraktionen des Hohen Hauses, keinen Dringlichkeitsantrag gestellt und auch keinen nachgezogen. Warum?

Der Anlass für die Dringlichkeitsanträge ist der Steuerfall Uli Hoeneß. Ich meine, wir tun gut daran, wenn wir auch gegenüber Uli Hoeneß das anwenden, was allgemeiner Brauch ist, nämlich niemanden vorzuverurteilen, bevor man die Fakten kennt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe es in den letzten Tagen schon als grenzwertig empfunden, wenn sich ganz Deutschland aus dem Bereich des Sports und der Politik berufen fühlt, zu diesem Thema etwas zu sagen, bis hin zur Kanzlerin, die sagt, sie sei von Uli Hoeneß enttäuscht. Dies zu sagen, ist ihr gutes Recht. Aber wenn ich von jemandem enttäuscht bin, dann sage ich es ihm persönlich unter vier Augen, nicht über die Medien und schon gar nicht über einen Regierungssprecher.

Ich finde es auch mehr als grenzwertig, wenn in den Medien darüber abgestimmt wird, ob Uli Hoeneß Präsident des FC Bayern München bleiben kann. Darüber zu befinden, ist Aufgabe der Organe des Vereins und seine Aufgabe selber, nicht Aufgabe der Öffentlichkeit.

Herr Kollege von und zu Lerchenfeld, auch Sie haben ein paar verräterische Worte gesagt. Ich gebe zu, dass er bei uns zu Gast war. Aber man muss sich nicht schämen, einen Uli Hoeneß zu Gast zu haben. Auch ein Herr Steinbrück muss sich nicht dafür rechtfertigen, dass Uli Hoeneß ihn beraten hat. Uli Hoeneß war über Jahrzehnte unbestritten ein von allen geschätzter und geachteter Funktionär im deutschen Profifußball. Uli Hoeneß hat auch viele Seiten, die wir alle an ihm sehr schätzen. Das sollte man in diesem Augenblick auch einmal sagen.

Dessen ungeachtet muss man natürlich den weiteren Fortgang des Verfahrens abwarten, und dessen ungeachtet ist die Feststellung richtig, dass Steuerbetrug kein Kavaliersdelikt ist, sondern verfolgt werden muss.

Nun komme ich zu den drei Anträgen, die hier vorliegen. Alle drei Anträge haben einen Kern, dem wir zustimmen, nämlich dass wir in Bayern die Zahl der Steuerprüfer erhöhen müssen. Wir haben in Bayern Nachholbedarf, auch wenn die CSU es in ihrem Antrag begrüßen zu müssen meint, dass sie ein paar Schritte weitergekommen ist. Wir sagen: Das ist bei Weitem nicht genug und kein Anlass, sich selbstgefällig auf die Schulter zu klopfen.

Bezüglich des Antrags der GRÜNEN muss ich sagen: Darin steht, dass die Staatsregierung die Aufklärung von Steuerkriminalität behindert habe, und die Staatsregierung werde aufgefordert, ihre politische Verantwortung für Steuerbetrug zu beenden. Das sind aber Formulierungen, Frau Präsidentin, die ich deutlich grenzwertiger finde als den Begriff Amigo in diesem Haus.

Wir, die FREIEN WÄHLER, können dem Antrag der GRÜNEN auch deshalb nicht zustimmen, weil sie es nach wie vor als Erfolg feiern, das Steuerabkommen mit der Schweiz verhindert zu haben. Da sind wir FREIEN WÄHLER grundlegend anderer Auffassung. Ich sage es auch an die Kollegen der SPD: Wir hätten es begrüßt, wenn dieses Steuerabkommen zustande gekommen wäre, weil es dem Fiskus Steuermehreinnahmen in erheblicher Höhe gebracht hätte.

(Beifall bei FDP)

Man muss eine Abwägung treffen, ob man Steuermehreinnahmen oder der Verfolgung von Steuerstraftätern den Vorzug gibt. Beides wird man zu 100 % nicht bekommen. Wir sagen: Es wäre besser gewesen, dieses Steuerabkommen abzuschließen.

Ich muss auch eines ganz klar und deutlich sagen. In den letzten Jahren hat man das Thema Schweiz aufgegriffen und sich Gedanken gemacht, wie man Steuerungerech-

tigkeit, -flucht und –verschiebung beenden kann. Das Thema Schweiz ist nicht vom Himmel gefallen. In der Politik hätte es jeder in den letzten Jahren und Jahrzehnten anpacken können. Die jetzige Regierung in Berlin hat es getan und hätte ein für uns tragbares Ergebnis verhandelt, über das wir hätten abstimmen können. Bedauerlicherweise ist dies nicht geschehen.

Da Sie diese Richtung in Ihrem Antrag nach wie vor nicht aufgenommen haben, werden wir den Anträgen der GRÜNEN und der SPD nicht zustimmen können, obwohl wir – das betone ich klar und deutlich – dem Ziel, mehr Steuerprüfer und Steuerfahnder einzusetzen, absolut zustimmen und es gut finden.

Präsidentin Barbara Stamm: Zu einer Zwischenbemerkung hat Herr Kollege Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Pohl, jetzt muss ich Sie wirklich einmal etwas fragen. Der zentrale Punkt ist, dass der automatische Informationsaustausch zwischen der Schweiz und Deutschland in dem Abkommen nicht geregelt ist. Dagegen ist dieser Informationsaustausch in dem Abkommen zwischen der Schweiz und den USA geregelt. Die Position der EU in den Verhandlungen mit der Schweiz ist, den automatischen Informationsaustausch durchzusetzen. Mittlerweile sprechen selbst Bundestagsabgeordnete der Regierungskoalition davon, dass dieser automatische Informationsaustausch kommen muss.

Das Schweizer Steuerabkommen schützt tatsächlich die Anonymität von Geldwäschern über die Steuerhinterziehung hinaus, also die Anonymität all derjenigen, die mit Geld kriminell umgehen. Das ist der zentrale Punkt.

Wir sind natürlich für eine künftige Regelung in einem Doppelbesteuerungsabkommen. Dass aber die Anonymität bei Vergehen und Verbrechen geschützt wird, halten wir für inakzeptabel. Wir wollen eine Regelung, wie sie auch die USA haben. Wir wollen die Regelung, die die EU durchsetzen will. Aber mittlerweile ist der Weg dorthin wesentlich weiter, als Sie es in Ihrem Beitrag verständlich zu machen versucht haben.

(Beifall bei der SPD)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Es ist ein Verhandlungsergebnis, das auf dem Tisch liegt. Man kann es entweder ablehnen oder annehmen. Sie haben Ihre Gründe dargelegt, warum Sie der Ablehnung den Vorzug gegeben haben. Ich habe dargelegt, warum wir FREIEN WÄHLER das Abkommen befürwortet hätten. Wir hätten uns gefreut, wenn das Abkommen so wie verhandelt abgeschlossen worden wäre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat für die Staatsregierung Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In Bayern muss jeder nach dem Gesetz seine Steuern zahlen. Steuerhinterziehung ist in Bayern wie in jedem anderen Bundesland in Deutschland eine Straftat. Bei uns geht es nach Recht und Gesetz, ohne Ansehen der Person und ohne Einflussnahme. Die derzeitigen offiziellen Medienberichte belegen, dass das System der Steuerverwaltung in Bayern offenkundig funktioniert.

Deswegen, meine Damen und Herren, muss ich eines sagen: Die Diktion, die diesen Antrag begleitet, indem man von "Stinkern", "stinken" und Vorwürfen der Beihilfe redet, also praktisch die Staatsregierung, den Freistaat Bayern mit Straftätern gleichsetzt, ist – das möchte ich wirklich sagen – dem Niveau dieser Diskussion völlig unangemessen, und ich weise sie mit allem Nachdruck zurück.

(Beifall bei der CSU)

Auch wenn Wahlkampf ist und wenn man manches aufdecken kann, so kann man das niveauvoller tun.

(Zurufe von der SPD)

Wir sind unverdächtig, den Kollegen Pohl zu loben, aber auch er steht im Wahlkampf. Wenn man das Niveau seiner Rede mit dem Niveau von Hallitzky vergleicht, meine Damen und Herren, so zeigt sich: Es liegen Welten zwischen der jeweiligen Beurteilung der Situation. Mein Respekt an dieser Stelle!

(Beifall bei der CSU, der FDP und den FREIEN WÄHLERN)

Was mir immer auffällt, wenn es um Steuergerechtigkeit geht, ist Folgendes: Was meinen eigentlich Sozialdemokraten und GRÜNE, wenn sie von Steuergerechtigkeit reden, meine Damen und Herren? Geht es denn wirklich nur um die Frage, wie die jetzigen Steuergesetze praktiziert werden, oder geht es eigentlich nicht um etwas ganz anderes, was Kollege Klein angesprochen hat? Meine Damen und Herren, seien Sie doch bitte auch den Bürgerinnen und Bürgern des Landes gegenüber ehrlich: Steuergerechtigkeit heißt bei Ihnen: Steuern erhöhen für alle, für jeden und so hoch wie es geht. Das ist doch die Wahrheit, mit der wir uns ordentlich auseinandersetzen müssen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei geht es nicht nur um die Reichen, meine Damen und Herren. In Deutschland wird immer nur über Reich und Arm geredet, aber keiner kümmert sich um die Mitte!

(Beifall bei der CSU)

Das sind die Leute, die hart arbeiten, die früh aufstehen, ein Leben lang schaffen und schauen, wie sie über die Runden kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Genau die Regierungen, die heute in München und in Berlin Verantwortung tragen, wollen sie ein Stück weit beschützen, weil sie nämlich immer, wenn sie hart arbeiten und etwas zulegen wollen, um anderen zu helfen, durch Inflation und kalte Progression behindert werden. Aber Sie waren nicht bereit, dieses kleine bisschen Steuerge-

rechtigkeit in Deutschland mitzumachen. Das ist der Vorwurf, den Sie sich gefallen lassen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn Sie über Steuergerechtigkeit reden, möchte ich Sie nur eines fragen: Haben Sie, als Sie in Berlin die Verantwortung trugen, eigentlich dafür gekämpft, mehr Steuergerechtigkeit zu haben oder weniger? Wer hat denn die Steuern in Deutschland so stark gesenkt wie niemals jemand zuvor? Wer hat denn die Reichen entlastet? Wer hat denn die Porsches geschont? Das war die Regierung Schröder/Eichel in Deutschland, meine Damen und Herren. Auch das ist eine Wahrheit, die Sie sich sagen lassen müssen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn wir von Steueramnestie reden – auch das ist natürlich eine wichtige Frage, meine Damen und Herren -, frage ich: Wer hat denn in Deutschland die größte Steueramnestie gemacht? Wer hat denn gesagt, kommt alle, die ihr mühselig und beladen seid, die ihr Steuern hinterzogen habt, ihr bekommt eine Amnestie, wir werden euch keiner Strafe unterziehen, es ist nicht schlimm, sich zu melden? Wer war das, meine Damen und Herren? Es war Rot-Grün, und Hans Eichel war derjenige, der das gemacht hat. Das ist die Wahrheit, die wir in Deutschland zu vertreten haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Ich respektiere die Gesetze, Herr Halbleib, aber Sie können sich nicht hier hinstellen und aufgeblasen über Moral reden, wenn Sie selber in der Verantwortung das Gegenteil von dem getan haben, was Sie uns heute vorwerfen. Auch das müssen Sie sich sagen lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Steuerabkommen: Meine Damen und Herren, hierzu gibt es viele Vorwürfe. Was ist eigentlich passiert? Ich erinnere mich, dass ein Finanzminister der SPD – es ist der heutige Kanzlerkandidat – damals gesagt hat, er werde mit der Kavallerie einreiten. Toter Gaul!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Nichts ist passiert! In der Amtszeit von Steinbrück ist in der Sache null Komma null passiert. In der Amtszeit von Schäuble kam es zu einem Abkommen, das auf dem Tisch liegt. Natürlich kann man sagen, dass da mehr passieren müsste. Jetzt ist dieses Abkommen gescheitert. Was sind die Alternativen? Fragen wir einmal die Menschen in Deutschland, was die Alternative ist. Mit dem Abkommen hätte man die Möglichkeit gehabt, alle zu erwischen. Alle Steuersünder hätten sich wie im Stile Eichels gemeldet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Und jetzt? Zufall, Steuer-CD-Handel oder die Hoffnung, dass irgendeiner ins Netz geht. Der Unterschied ist Folgender: Mit einem Steuerabkommen wäre die Basis derer, die erwischt worden wären, viel breiter gewesen, als das ohne ein Steuerabkommen der Fall ist.

Meine Damen und Herren, im Endeffekt führt die Blockade des Steuerabkommens zu nichts anderem, als dass sich die Hartnäckigsten weiterhin weigern, je Steuern zu bezahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist sogar so – und das ist meine große Sorge, Herr Halbleib -: Solange das Steuerabkommen blockiert ist, verjähren staatliche Ansprüche. Helfen Sie doch mit, dass keine Verjährungen eintreten! Das ist ein Fehler bei der Blockade dieses Steuerabkommens.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Deswegen halte ich im Endeffekt das Steuerabkommen für das bessere Mittel.

Jetzt zum Thema Personal, das heute Nachmittag eine Rolle gespielt hat. Ich muss es noch einmal erwähnen, weil ich finde, es ist einfach fair, dass man darauf antworten darf.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

- Ihres nicht, nein!

Meine Damen und Herren, wer erzielt die besten Ergebnisse? Ich möchte das noch einmal ansprechen. Ich würde alles verstehen und die Kritik zu 1.000 % teilen, wenn die Ergebnisse, die bei uns in Bayern erzielt werden, schlecht wären. Die Ergebnisse gehören mit zu dem Besten, was Deutschland zu bieten hat. Man muss sich übrigens manchmal die Frage stellen: Warum sind eigentlich anderswo die Ergebnisse schlechter als bei uns? Angeblich muss die Personalsituation anderswo besser sein, aber die Ergebnisse sind schlechter. Ich weise darauf hin, dass unsere Ergebnisse gut sind, dass wir trotzdem beim Personal nachgesteuert haben. Über 1.300 Leute in dieser Legislaturperiode! Wir haben doch die Anregungen aufgegriffen. Wir haben Sonderkommissionen eingesetzt. Da hieß es erst, das sei eine Show, meine Damen und Herren. Wir haben das verdoppelt, aber jetzt ist es auch wieder nicht genug. Wir gehen konsequent den Weg, die bayerische Steuerverwaltung zu stärken und zu rüsten – durch Personal, durch Technik, die sehr viel an Effizienz bringen kann.

Deswegen ist es ein Streit, den ich nicht verstehen kann, nach dem Motto: Wer lobt die bayerischen Finanzbeamten mehr? Wir loben sie nicht nur, meine Damen und Herren, wir stehen hinter ihnen, und das beweisen wir jeden Tag nicht nur hier in diesem Parlament.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie kann man jemanden wertschätzen? Natürlich mit guten Worten. Das ist schon okay. Das tun alle hier. Aber können wir auch die Arbeit unserer Beamten wertschätzen mit einer Gegenleistung, mit einem Respekt vor ihrer Arbeit? Wir tun das, wir

geben nicht nur den bayerischen Finanzbeamten, sondern allen Beamten in Bayern Unterstützung.

(Zurufe des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) und der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Wo sonst wird die Arbeitszeit so geregelt wie bei uns, meine Damen und Herren? Anderswo gibt es Nullrunden statt einer angemessenen Erhöhung, wie wir das tun.

(Unruhe bei der SPD)

Und anderswo, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Beamte nicht die Möglichkeit einer solchen Förderung wie bei uns. Ich wiederhole: Es ist ein Glück, wenn man in Bayern ein Beamter sein darf, hier von dieser Mehrheit getragen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lassen Sie uns deshalb weiter inhaltlich über den besten Weg streiten. Das ist doch keine Frage. Aber die Art und Weise der Diskussion, den Eindruck zu erwecken, auf dieser Seite des Parlaments säßen quasi Menschen, die Kriminelle decken wollen, die Beihilfe leisten wollen, die quasi mit Verbrechern unter einer Decke stecken, ist ein Niveau, das dieses Parlament nicht braucht.

Ich sage Ihnen eines: Egal, ob Herr Hallitzky sagt, er könne mich nicht leiden, oder ob es nur gegen mich persönlich geht – ich finde ihn jetzt auch nicht so toll,

(Heiterkeit bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

aber das gehört, ehrlich gesagt, nicht hierher -, lassen Sie uns im September eine Abrechnung machen, lassen Sie uns schauen, lassen Sie die Millionen Bayern entscheiden, ob sie lieber Herrn Halbleib als Finanzminister haben oder mich. Lassen Sie die Bürger entscheiden! Ich habe keine Angst davor.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenbemerkung: Kollege Rinderspacher, bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Söder, man könnte fast meinen, dies sei aus aktuellem Anlass eine Bewerbungsrede gewesen. Aber ich möchte auf das zurückkommen, was Graf von Lerchenfeld angesprochen hat, nämlich auf die Indiskretion innerhalb der bayerischen Finanzverwaltung, durch die der Steuerfall Hoeneß publik wurde.

Der Herr Ministerpräsident hat deutlich gemacht, dass er bereits seit geraumer Zeit von diesem Fall wusste. Er hat es gegenüber den Medien so dargestellt, dass mehrere Minister in Kenntnis gesetzt waren, und es ist der Eindruck entstanden, dass über den Steuerfall Hoeneß im Kabinett regelrecht getuschelt wurde. Da waren offensichtlich Klatsch und Tratsch an der Tagesordnung.

(Zuruf von der CSU: Waren Sie dabei?)

Immer wieder gingen Informationen hin und her. Wie ernst nehmen Sie eigentlich das Steuergeheimnis in Bayern? Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es in den letzten Tagen, Wochen und Monaten offensichtlich zu Schmutzeleien und Indiskretionen gekommen ist? Wie erklären Sie sich diese Schmutzeleien in Ihrem Verantwortungsbereich, und wie stellen Sie sicher, dass das Steuergeheimnis in Bayern künftig gewährleistet ist?

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister!

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Der Chefredakteur des "Focus", Herr Quoos, hat in der Sendung "Günther Jauch" am vergangenen Sonntag – vielleicht haben Sie sie gesehen – und im "Morgenmagazin" am darauffolgenden Montag auf die Frage, woher diese Erkenntnisse kommen, gesagt, er wolle keine genaue Quelle nennen, aber sie kämen aus Polizei- oder Justizkreisen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Hat er nicht gesagt!)

- Das hat er so gesagt, wirklich. Ich habe zugehört. Bei so etwas höre ich genau zu. Das ist also erstens die Quellenbeschreibung.

Lieber Herr Rinderspacher, bei uns wird nach Recht und Gesetz entschieden. Ihre Anfrage, die Sie dazu gestellt haben, wird noch beantwortet werden. Wir haben die entsprechenden Informationen – selbstverständlich unter Einhaltung der Geheimhaltungs- und Verschwiegenheitspflichten, die sich auf die betreffenden Personen erstrecken – gegeben. Dabei ist weder eine Einflussnahme noch Ähnliches erfolgt. Deswegen weise ich etwaige Vermutungen eindeutig zurück. Hier in Bayern geht alles nach Recht und Gesetz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/16526 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU, FDP und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/16531. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU-Fraktion, FDP-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion auf Drucksache 16/16543. Fünf Minuten, bitte!

(Namentliche Abstimmung von 23.04 bis 23.09 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die namentliche Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt und zu gegebener Zeit mitgeteilt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

- Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen!

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter und anderer und Fraktion (CSU), der Abgeordneten Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumpenberg und Fraktion (FDP) betreffend "Prüfungsdienste in der bayerischen Steuerverwaltung weiter stärken" auf Drucksache 16/16543 bekannt. Mit Ja haben 79, und mit Nein haben 53 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

